

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften (Drs. 18/23363)**

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich dem Staatsminister Thorsten Glauber das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Die Staatsregierung ist aber natürlich frei. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, vielen Dank für die Erteilung des Wortes und das kollegiale und pragmatische Umgehen mit dem Tagesordnungspunkt in Bezug auf die Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern übernimmt in Bezug auf das Klimaschutzgesetz 2.0 Verantwortung. Wir alle spüren besonders dieser Tage den Temperaturanstieg und die Trockenheit. Wir sehen auch Starkregenereignisse und erahnen natürlich auch das Abschmelzen unserer Gletscher bis zum Jahr 2030. Wir sehen damit die Herausforderung, dass wir den Klimaschutz gemeinsam betreiben müssen.

Der Klimaschutz ist nicht eine Aufgabe des Freistaates Bayern allein; die Länder können ihn nicht allein bewältigen. Der Klimaschutz ist eine Aufgabe, die der Bund und die Länder Hand in Hand angehen müssen. Der Bund hat sich darauf verständigt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Die Regierungsfractionen in Bayern haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, Bayern in Begleitung des Bundes bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Wie wollen wir als Land das Hand in Hand mit dem Bund gemeinsam hinbekommen? – Indem wir die erneuerbaren Energien maximal ausbauen. Jedem muss klar sein: Wer ein Klimaschutzgesetz aktiv leben will, braucht den substanziellen Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Rahmen für den substanziellen Ausbau erneuerbarer Energien haben wir innerhalb der Ministerien mit dem Kollegen aus dem Bauministerium und der Kollegin aus dem Landwirtschaftsministerium sowie natürlich mit dem Wirtschaftsministerium im Schulterschluss so vorbereitet, dass wir als Land in Zukunft die Ziele Hand in Hand mit dem Bund gemeinsam in Bayern erreichen. Das zu sagen, gehört auch dazu, wenn man die Kritik hört, die in den letzten Tagen geäußert worden ist: Bayern sei beim Ausbau der Windkraft zu langsam, und man müsse hier anders vorgehen. Immerhin hat Bayern eine Gebietskulisse von 0,6 % der Landesfläche für die Windkraft ausgewiesen. Es gibt viele andere Länder um uns herum, die, obwohl anders regiert, prozentual eine deutlich geringere Gebietskulisse haben. Kritik kann man üben, man sollte aber zuallererst bei sich selbst Verantwortung übernehmen, bevor man mit dem Finger auf andere zeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir gehen das Thema natürlich an. Wir bauen die erneuerbaren Energien aus, indem wir die Windkraft neu aufstellen. Wir wollen die Windkraft entlang der Autobahnen, der ICE- und Gleisstrecken, an vierspurigen Straßen in einer Gebietskulisse von 500 Metern deutlich zubauen. Wir wollen in den Waldgebieten einen deutlichen Zubau sowie auch auf Vorrang- und Vorbehaltsflächen. Wir werden das selbstverständlich umsetzen. Wenn es Hand in Hand mit dem Bund gelingt, dass wir in Landschaftsschutzgebieten die Möglichkeit haben, werden wir diese wahrnehmen und damit auch alle Vorgaben einhalten, damit wir unsere Ziele in Bayern in Bezug auf den Windkraftausbau erreichen.

Gleichzeitig ist natürlich das Thema erneuerbare Energie durch Photovoltaik im Sonnenland Bayern eine ganz zentrale Frage. Wir haben gesagt: Wir haben eine Vorbildfunktion auf staatlichen Dächern. Es gibt Verantwortung für kommunale Gebäude und gewerbliche Gebäude. Ein nächster Baustein sind private Gebäude, die mit einer Soll-

Vorschrift hinzugenommen werden sollen, damit wir es gemeinsam hinbekommen, das Sonnenland Bayern darzustellen.

Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden. Wir haben ein Minderungsziel von 65 % bis zum Jahr 2030. Dabei hat der Staat natürlich die Vorbildfunktion, dies in den Ministerien bis zum Jahr 2023 und in den nachgelagerten Bereichen bis zum Jahr 2028 zu erreichen.

Wir haben eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz geschaffen, um die Kommunen über die Energieagenturen in Aktion zu bringen. Wir haben im neuen Klimaschutzgesetz – nicht in der Landkreisordnung, sondern im Klimaschutzgesetz – Folgendes veranlasst: Wir haben Kommunen – Landkreise und Bezirke – für die Zukunft ermächtigt, Energie zu gewinnen. Damit entsteht eine komplett neue Partnerschaft in der Energiegewinnung. Durch Landkreise und Bezirke als Energieerzeuger wird auch die Akzeptanz nach draußen in die Fläche getragen.

Eines muss klar sein: Den Klimawandel zu meistern, funktioniert. Das ist doch immer wieder die Forderung, die ich höre: Das muss doch der Freistaat alles anordnen. – Er muss vor allem aber die Menschen mitnehmen. Er muss bei den Menschen für Akzeptanz sorgen. Man muss die Menschen dafür gewinnen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb wollen wir die Gebietskulisse so groß machen, dass wir dies gemeinsam hinbekommen. Wir haben eine Steuerungsgruppe eingerichtet. Die Steuerungsgruppe aus der Staatskanzlei und den Ministerien wird diese 150 Maßnahmen in fünf Sektoren so steuern, dass wir gemeinsam tatsächlich eine Leitplanke haben, um die Zielerreichung immer wieder nachzuvollziehen. Das heißt, dass wir in Zukunft eine jährliche Berichterstattung durchführen, um im Prinzip zu sehen, wie weit wir vorangekommen sind.

Die fünf Sektoren habe ich angesprochen. Dazu gehören die Themen erneuerbare Energien, Stromversorgung, natürliche CO₂-Speicher, das Klimabauen, die Klimaarchitektur, die smarte und nachhaltige Mobilität sowie natürlich auch Cleantech, Green IT und Klimaforschung. Das alles ist wichtig; denn eines ist ganz klar – das will ich einmal in diesem Parlament heute sagen –: Wir sprechen sehr viel über die Energiewende und das, was am Ende in Zukunft an Klimaschutz vollzogen werden muss. Wir haben eine Zeitenwende. Die erneuerbaren Energien sind Friedensenergien. Diese Zeitenwende bedeutet, dass am Wirtschaftsstandort Bayern die Zukunft und die Arbeitsplätze über die erneuerbaren Energien gestemmt werden. Das bedeutet Unabhängigkeit und gibt uns die wirtschaftliche Freiheit, um Arbeitsplätze hierzubehalten. Cleantech, Klimaforschung und Green IT sind die Standards, die wir brauchen, um in Zukunft die Arbeitsplätze hier zu haben.

Ich möchte an Sie appellieren: Wenn Sie in dieser Woche zu Hause eine Schule besuchen, dann werben Sie dafür, dass unsere Jugendlichen einen technischen Beruf erlernen. Nicht nur der blühende Bau muss herzensgänglich sein. Auch die Technologie muss herzensgänglich werden. Wer glaubt, das nur über Naturfaktoren zu schaffen, der wird es nie schaffen. Wir sind ein Hightech-Land. Deshalb bin ich davon überzeugt: Nur wer die Akzeptanz für Technologie und Fortschritt schafft, wird am Ende den Klimawandel meistern. Dies ist in unserem Klimaschutzgesetz angelegt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Damen und Herren, ich habe den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung bemerkt. Herr Friedl, halten Sie diesen Wunsch aufrecht?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich hatte eine Zwischenbemerkung angemeldet! – Gegenruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD): Sie laufen doch hier rum!)

Mir wird gerade gesagt, dass dies die Begründung und keine Aussprache gewesen ist. Deshalb gibt es auch keine Zwischenbemerkungen. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im April 2021 hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder eine Generalrenovierung des Bayerischen Klimagesetzes angekündigt. Vorausgegangen war das bahnbrechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wir haben jetzt über ein Jahr gewartet. Heute hat die Staatsregierung endlich ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Herr Umweltminister Glauber hat es in wenigen Minuten heruntergerattert. Was ist das? – Ein Klimaschutzgesetz kann man das nicht nennen. Der Gesetzentwurf, den wir heute vor uns haben, enthält keine verbindlichen Maßnahmen, keinen Zeitplan und nichts Handfestes. Das ist keine Generalrenovierung. Der Ankündigungsministerpräsident Markus Söder macht mal wieder seinem Namen alle Ehre. Das ist nur Pfusch am Bau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist in diesem vergeudeten Jahr nicht alles passiert? – Wir hatten Hochwasserkatastrophen im Ahrtal und in Bayern, neue Hitzerekorde, Trockenheit, Dürre, den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine und den Weltklimabericht. Wir hatten Waldbrände und erst vor Kurzem Gletscherabbrüche. Keine Woche vergeht ohne neue Schreckensmeldungen und ohne neue Rekorde. Ein Klimaschutzgesetz, das zu diesem Zeitpunkt und in dieser Situation vorgelegt wird, muss doch diese Probleme aufgreifen. Dieses Gesetz muss doch eine Abkehr von fossilen Energieträgern und eine Energiewende, eine Wärmewende und eine Verkehrswende einleiten. Die Menschen hier in Bayern und in Deutschland wären dazu bereit. Die Staatsregierung lässt jedoch dieses Momentum und diese Möglichkeiten komplett links liegen. Sie ergreifen diese Chance nicht. Ich sage ganz klar: Die Nichtnutzung dieser Chance ist fatal und ein Vergehen an den kommenden Generationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergleichen wir das alte Gesetz mit dem neuen Entwurf, stellen wir fest, dass das alte Gesetz nur um eine Handvoll neuer Punkte ergänzt wurde. So wurde das 65-Prozent-Ziel genannt. Das ist aber nur getrickst; denn Bayern rechnet diese Zahl pro Kopf. Das Bundes-Klimaschutzgesetz spricht von 65 % insgesamt. Bayern unterschreitet somit noch einmal das Bundes-Klimaschutzgesetz, das die CSU mitbeschlossen hat. In Bayern wären es dann eigentlich nur 60 %.

Die Aussage "klimaneutral bis 2040" hört sich zunächst einmal gut an. Herr Glauber, dadurch, dass in dem Gesetz keine Maßnahmen stehen, ist das nur ein leeres Versprechen. Der Koordinierungsstab soll erst 2025 eine erste Evaluierung durchführen. Der Punkt "Erneuerbare Energien im öffentlichen Interesse" wurde von der Bundesregierung abgeschrieben. Dann gibt es noch die Solarpflicht für das Gewerbe. Was Sie hier vorlegen, ist wirklich maximal dünn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Liste der Punkte, die fehlen, ist dafür umso länger. Die Bundesländer haben Zuständigkeiten beim Thema Kommunalrecht. Ist in diesem Gesetz etwas zu den Themen Kommunen und Klimaschutz enthalten? – Nein. Es gibt wieder nur Empfehlungen. Die Klimalotsen wurden sogar gestrichen. Zur Regionalplanung ist in dem Gesetzentwurf nichts ausgesagt. Wir könnten zum Beispiel Ausweisungen für Solar und Wind festlegen. Nichts dazu steht im neuen Klimaschutzgesetz. Wir hätten über das Baurecht die Zuständigkeit für die Wärme. Hierzu ist in dem Gesetzentwurf lediglich ein Halbsatz enthalten. Die Verbände kritisierten schon vor drei Jahren beim alten Klimaschutzgesetz, dass darin keine Verbindlichkeit, keine Maßnahmen und keine Erfolgskontrollen festgeschrieben seien. Diese Kritik können sie jetzt wiederholen. Davon ist auch im neuen Entwurf nichts enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Klimaschutzprogramm wurde auf 150 Maßnahmen aufgebläht. Darunter befinden sich so tolle Maßnahmen wie die Mitgliedschaft in der Bodensee-Konferenz und die

Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesentwicklungsministeriums. Das ist mehr als ein Witz. Andere Maßnahmen wie das Pilotprojekt zur Dekarbonisierung sind mit null Euro hinterlegt. Das gilt auch für die 100 Windräder, die es seit 2019 im Staatsforst geben soll. Hier wurde nichts getan.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, mit einem Teelöffel kann man kein Meer auslöffeln. Dieser Entwurf hat nicht den Namen Klimaschutzgesetz verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gezeigt, wie es geht. Wir haben ein eigenes grünes Klimagesetz geschaffen. Sie können da noch einmal hineinschauen. Wir haben eine Studie mit 23 Maßnahmen vorgelegt. Mit diesen 23 Maßnahmen könnten Sie 50 % der notwendigen Reduktionen erreichen. Lesen Sie das einmal nach! Interessant war es schon in der letzten Woche am Dienstag bei der Vorstellung im Hofgarten. Die Windkraft war da das ganz große Thema. In diesem Gesetzentwurf findet sich nichts dazu. Nicht einmal jetzt, in dieser enormen Klima- und Energiekrise, schaffen Sie es, von Ihrer verbohrtten Haltung zu 10 H abzurücken. Jetzt muss sich die Staatsregierung dem Beschluss aus Berlin beugen. Das Wind-an-Land-Gesetz wird in dieser Woche beschlossen. Danke an Robert Habeck und danke an die Ampel-Regierung: 10 H ist endlich Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Staatsregierung und Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN auf, über die Sommerpause Ihre Hausaufgaben zu machen. Sie sollten wenigstens drei Punkte umsetzen: Erstens. Schreiben Sie Ihre Ankündigung, die Leistung der erneuerbaren Energien bis 2030 von 40 Terawattstunden auf 80 Terawattstunden zu erhöhen, im Artikel 5 fest. Zweitens. Im Regionalplan sollten 1 % der Flächen für Solaranlagen und 1,8 % der Flächen für die Windkraft festgelegt werden. Der dritte Punkt betrifft den Stufenplan für die vermieteten Gebäude in Bayern. Das wäre das Mindeste an verbindlichen Maßnahmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir fordern Sie zu einer echten Generalrenovierung des Klimaschutzgesetzes auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Auch wir in Bayern sind natürlich vom Klimawandel und all seinen Folgen betroffen. Klimaschutz gehört zu unseren großen Aufgaben, politisch, gesellschaftlich, aber natürlich auch wirtschaftlich. Die besondere Bedeutung des Klimaschutzes erfordert daher eine landesgesetzliche Regelung. Herr Stümpfig, Sie sagen, der vorliegende Gesetzentwurf sei ein "Teelöffel". Das finde ich absurd. 22 Milliarden Euro sehe ich nicht als Teelöffel an.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich weiß sehr wohl, dass die externen Kosten sehr hoch wären, wenn wir das nicht so umsetzen würden. Ich glaube aber auch nicht, dass wir mit den Investitionen die Kosten des Klimawandels maßgeblich aufhalten können. Da werden schon noch gewisse Anpassungsmaßnahmen auf uns zukommen, und zwar ganz gewaltige. Der Minister hat es bereits angesprochen: Die Energiewende ist hier ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Herr Stümpfig, ich habe aber wesentlich mehr Vertrauen als Sie. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir bei der Windkraft, der Photovoltaik und der Wasserkraft, die Sie ausgeklammert haben, die aber annähernd grundlastfähig wären, weiterkommen können. Die Installation von Solaranlagen auch auf Dächern zu forcieren – ich

sage bewusst: auch auf Dächern, weil dort noch genug Platz ist, und spreche nicht nur von Freiflächenanlagen, von denen ich auch kein Feind bin – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Auf staatlichen Dächern wäre noch viel Platz!)

– Ja, da gebe ich Ihnen recht. Auf staatlichen Dächern ist extrem viel Platz.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, dann fangt's halt einmal damit an!)

Auch da kommen die Initiativen von privater Seite, auf staatlichen Dächern Photovoltaik zu installieren. Auch hier können wir einen großen Wurf machen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ach!)

Es wird eine Bestimmung in das Bayerische Klimaschutzgesetz aufgenommen, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen in überragendem öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Ziel ist es, die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erleichtern, indem die Bedeutung des Klimaschutzes im Rahmen der zu treffenden Abwägungsentscheidungen gestärkt wird; darum geht es doch! Das gilt übrigens für alle Faktoren; das heißt: Man kann nicht nur bei der Windkraft die Artenvielfalt ausklammern, sondern sollte eventuell auch die Wasserkraft noch einmal bei dem Ganzen bedenken.

(Florian von Brunn (SPD): Das hat die Koalition in Berlin doch erst heute eingebracht! – Toni Schuberl (GRÜNE): Macht doch!)

Das Umweltministerium wird beauftragt, den Ausgleich der Treibhausgasemissionen für die Staatsregierung ab 2023 für das jeweilige Jahr jährlich umzusetzen, das heißt durchaus auch messbar, und zu dokumentieren.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Gesetz wird durch ein 150 Punkte umfassendes Bayerisches Klimaschutzprogramm mit fünf zentralen Aktionsfeldern flankiert: erneuerbare Energien und Stromversorgung, natürliche CO₂-Speicherung, Klimabauen und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität sowie Cleantech, Klimaforschung und Greentech. Das Programm sieht zum Beispiel auch den Bau von 70.000 Ladesäulen für E-Autos vor. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Umgang mit Wasser. Während etwa in Franken die Gefahr von Dürren steigt, muss andernorts auf Hochwasser und Sturzfluten reagiert werden.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich will nur noch einmal betonen: Wir betreiben den Klimaschutz ohne ideologische Vorgaben.

(Florian von Brunn (SPD): Welchen Klimaschutz betreiben Sie?)

Deshalb bedenken wir auch alles, denken beispielsweise auch über eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken nach und wollen nicht nur die Laufzeit von Braun- und Steinkohlekraftwerken verlängern,

(Alexander König (CSU): Genau!)

weil uns die Energiezufuhr für unsere Bevölkerung und die Wirtschaft wichtig ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Ihr habt das mit dem Strom und der Wärme nicht verstanden!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste macht Prof. Dr. Ingo Hahn. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Beißwenger von der CSU, Sie haben gerade gesagt, wie wichtig Ihnen sozusagen das Management des Klimawandels ist. Im Gegensatz zum Weltklima ist der anthropogene Einfluss auf das Mikro- und Lokalklima klar fassbar. Treiber sind Flächenversiegelung, Entwaldung, Rodung

und Wärmeinseleffekte. Sie haben sich besonders durch Ihre Energiewende hin zu den sogenannten erneuerbaren Energien sehr verstärkt. Sie treiben jetzt eine Industrialisierung unserer Landschaft voran; denn Windkraft- und Photovoltaik-Großanlagen führen zu weiterer Flächenversiegelung und Waldzerstörung – es werden Wälder abgerodet –, wodurch die dämpfende Kühlwirkung der Vegetation ebenfalls zerstört wird. Wie erklären Sie, dass gerade durch Ihre fragwürdige Klimapolitik, die Sie heute mit diesem Gesetz zementieren wollen, lokale Temperaturen angeheizt werden?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Danke, Herr Prof. Hahn. Sie haben es wohl nicht ganz verstanden; denn mir ist bisher verborgen geblieben, wie man mit Freiflächenphotovoltaik die Fläche tatsächlich versiegelt. Tatsächlich stehen die Photovoltaikanlagen sozusagen auf Grünlandflächen. Es gibt daher mehrere Effekte; weil Sie die Photovoltaik angesprochen haben: Man kann mit dem darunterliegenden Grünland die Artenvielfalt fördern. Man fördert die CO₂-Speicherung und erzeugt oberhalb Energie. Daher sehe ich nicht, worauf Sie hinauswollen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Stümpfig. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Beißwenger, der Endenergieverbrauch in Bayern ist seit 2010 um 5,5 % gestiegen, der Ausbau der erneuerbaren Energien gerade einmal um 3 %. Die Staatsregierung hat es also nicht einmal geschafft, den zusätzlichen Energieverbrauch über den Zubau von erneuerbaren Energien zu decken. Das heißt: Der Öl- und Gasverbrauch in Bayern steigt weiter an. Wir erwarten uns von einem Klimaschutzgesetz eigentlich quantifizierte Maßnahmen, durch die wir eben von Öl und Gas wegkommen und wirklich CO₂-Emissionen reduzieren. Wo sind im Klimaschutzprogramm oder Klimaschutzgesetz wirklich quantifizierbare Anteile enthalten

bzw. wann schaffen Sie endlich einmal eine Trendumkehr, damit wir nicht noch mehr Öl und Gas verbrauchen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Vielen Dank für die Frage. Ich sehe durchaus auch, dass wir ein Mehr an Energie generell verbraucht haben. Das hat natürlich mit dem Bevölkerungszuwachs, aber auch mit dem Wirtschaftswachstum zu tun. Es ist völlig klar, dass man da auch mehr Energie braucht, übrigens nicht nur zum Heizen und für Strom; auch die Industrie braucht sehr viel. Das lässt sich übrigens auch nicht ohne Weiteres ersetzen. Wenn man Gas durch Wasserstoff ersetzen will, dann braucht man noch viel mehr Strom, den man erst einmal erzeugen muss. Ich bin der Meinung, dass wir einen großen Schluck aus der Pulle der erneuerbaren Energien nehmen müssen; insofern gebe ich Ihnen recht. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir das Ganze ideologiefremd diskutieren sollten, zum Besten unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Ich rufe Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, liebe Bayern!

(Ruth Müller (SPD): Und Bayerinnen!)

Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf der CSU und der FREIEN WÄHLER: "Durch die Umsetzung des Gesetzes zur Verwirklichung der Minderungsziele entstehen erhebliche Kosten." – Wir Deutsche leiden unter den steigenden Kosten. Die Energiepreise werden täglich unbezahlbarer. Für uns selbst bleibt immer weniger Geld zum Leben übrig. Die Armutsgefahr unserer Leute liegt mit über 20 % höher als etwa in Frank-

reich, wo aber weit weniger eingezahlt wird. Wohneigentum hat auch nur jeder zweite Deutsche, in der EU dagegen über zwei Drittel der Bürger. Dafür muss der Deutsche mittlerweile bis zum Alter von 67 arbeiten, während der Franzose ab dem 62. Lebensjahr bei vollem Ausgleich in Rente gehen kann.

Trotzdem sind wir mit über 15 Milliarden Euro bei Weitem der größte Nettozahler der EU. Meine Damen und Herren, Armut und Ungerechtigkeit treffen den deutschen Bürger. Deutsche Arbeitnehmer müssen um ihre Jobs bangen, obwohl ihre Gehälter mit der rasant steigenden Inflation ohnehin nicht mithalten können. Meine Damen und Herren, wir stehen vor der größten Krise, die die Menschen dieser Republik je gesehen haben. Ihnen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN fällt nichts Besseres ein, als der Ampel-Politik hier in Bayern den Weg zu ebnen

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das hat der Kollege von Brunn aber vorher ganz anders eingeordnet!)

und damit die fortschreitende Enteignung unserer Bürger per Klimagesetz in Beton zu gießen.

(Allgemeine Unruhe)

Zum Gesetz selbst: Erstens hilft es weder dem Klima noch sonst irgendjemandem, wenn die Verwaltung weiter aufgebläht wird. Weit über 100 Stellen sollen für den Bürokratieapparat geschaffen werden. Pöstchen für Lobbyisten eben! Zweitens wird wieder einmal auf Zwang und nicht auf Freiwilligkeit gesetzt. Es gibt die Einführung einer Sölderdachpflicht für öffentliche Gebäude und – hört! – für private Neubauten. Drittens sollen staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft über das Argument der öffentlichen Sicherheit erfolgen. – Selbst Sie, Herr Aiwanger in Absenz, sagten einmal, dass erneuerbare Energien nicht zur Versorgungssicherheit beitragen. Viertens wollen Sie eine stärkere Überwachung privater Feuerstätten und Energieeffizienzen und damit den Eingriff in den privaten Immobilienbereich. Das ist Planwirtschaft und Ökosozialismus aus schwarz-oranger Feder. Voilà!

Sie wollen nun schon ab 2040 Klimaneutralität. – Herr Reiß, ist das wahr? Dafür ziehen Sie die Daumenschrauben für die zahlenden Bürger weiter an. – Herr Dr. Mehring, Sie wollen Vorreiter sein und von Deutschland aus die ganze Welt retten?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Von Bayern aus!)

Das funktioniert aber nicht; besonders dann nicht, wenn die Welt nicht mitmacht und andere dagegen immer mehr Energie verbrauchen. Wir von der AfD wollen jedenfalls nicht mit Ihnen zurück in Ihre CO₂-neutrale Steinzeit.

Ich fasse zusammen: Mit dem Gesetz, das auch von der rot-grün-gelben Ampel im Bund kommen könnte – vielleicht sind die GRÜNEN ganz neidisch –, werden Sie sicher nicht das Klima retten; denn das Bayerische Klimaschutzgesetz ist ein Gesetz von oben. Es zielt nicht darauf ab, den Bürger energieunabhängiger zu machen, sondern darauf, die staatliche Kontrolle auszubauen und stärker in privatwirtschaftliche Belange einzugreifen. Gerade der Natur- und Umweltschutz findet keinen Einzug in den Gesetzentwurf. Stattdessen wird er zugunsten einer angeblichen öffentlichen Sicherheit geopfert.

Meine Damen und Herren, zu all dem sagen wir, die AfD, das kleine gallische Dorf des normalen Menschenverstandes, der Vernunft und des wahren Naturschutzes: Nein, danke.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Benno Zierer. Bitte, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Klimapaket II steckt sich der Freistaat neue, ambitionierte Ziele bei der Reduzierung von Treibhausgasen und beim Weg in die Klimaneutralität. Wir wollen nicht nur im Gleichschritt mit der EU und dem Bund marschieren, sondern einen Schritt voraus sein.

Die Zielmarken muss ich nicht mehr im Einzelnen aufzählen. Entscheidend ist, dass mit dem überarbeiteten Klimaschutzprogramm der Werkzeugkasten vorhanden ist, um diese Ziele zu erreichen. Das Programm wurde gezielt weiterentwickelt und umfasst rund 150 Maßnahmen. Ohne diesen Werkzeugkasten sind alle Klimaziele nur Zahlen auf dem Papier. In diesem Werkzeugkasten steckt viel drin, vom Vorschlaghammer bis zur Pinzette für Feinmechaniker, von der Reform bei 10 H bis zum Pilotprojekt für urbanen Gartenbau. Der Dank unserer Fraktion gilt vor allem den Ressorts, die ihre Ideen beigesteuert haben, und natürlich dem Haus von Umweltminister Thorsten Glauber, das hier die Federführung hatte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein großer Schwerpunkt liegt im Bereich der Stromversorgung. Die Ereignisse im Zuge des Ukraine-Krieges und die Gaskrise haben neue und ungeahnte Herausforderungen gebracht. Der Spagat zwischen sicherer Versorgung und Klimaschutz wird noch schmerzhafter. Kohle, der zweifellos größte Klimakiller, wird wieder eine größere Rolle spielen – leider.

Die Krise muss aber auch Beschleuniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Dafür schafft der vorliegende Gesetzentwurf Grundlagen, zum Beispiel mit der Solarpflicht bei Gewerbebauten. Im Klimaschutzprogramm ist der Ausbau der Agri-Photovoltaik vorgesehen. Ich bin mir sicher, dass es ein attraktives Modell für viele Landwirte sein wird. Sie werden künftig auf derselben Fläche Getreide und Strom ernten. Bei der Photovoltaik auf staatlichen Dächern geht es voran. Entweder macht der Staat es in Eigenregie, oder die Flächen werden verpachtet. Wenn man in Bayern unterwegs ist, sieht man, dass überall neue PV-Anlagen entstehen. Hoffentlich werden sie auch angeschlossen. Hier herrscht Aufbruchstimmung. Die brauchen wir auch. Hoffen wir, dass überall das benötigte Material ankommt.

Aufbruchstimmung wollen wir auch bei der Windkraft. Die Ausnahmeregelungen von 10 H, für die wir FREIEN WÄHLER erfolgreich gekämpft haben, schaffen das Potenzial für einen Ausbau in einer Größenordnung, die uns voranbringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Stromerzeugung kommen wir natürlich nicht an der Wasserkraft vorbei. Ich hoffe, dass die Beschlüsse, die heute im Bundestag gefasst werden, es verhindern, dass der kleinen und mittelständischen Wasserkraft mit der EEG-Reform der Hahn zuge dreht wird.

(Florian von Brunn (SPD): Genau das haben wir heute erreicht!)

– Wunderbar. Es geht voran. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, jetzt sagen Sie wieder, dass die kleine Wasserkraft ihr Potenzial ausgeschöpft hat und der Schaden größer wäre als der Nutzen. Ich sage Ihnen, dass wir jede Kilowattstunde Strom brauchen. Es gibt viele alte Anlagen, die moderner, ökologischer und auch effizienter gemacht werden könnten. Aber dafür braucht es Perspektiven.

(Zuruf: Und Wasser!)

Deshalb hatte Wirtschaftsminister Aiwanger ein starkes Förderprogramm aufgelegt. Das hätte auch dem Zustand der Gewässer geholfen. Aber kein Betreiber wird mehr diese Möglichkeiten ergreifen, wenn die Planungssicherheit fehlen sollte. Uns FREIEN WÄHLERN ist es wichtig, dass der Freistaat nicht nur als Vorbild vorangeht, sondern auch die Kommunen mitnimmt. Dazu braucht es eine starke Förderung, ob für Klimaagenturen, für Wärmepläne, für die Energieoptimierung von Kläranlagen oder oder oder. Hier liegt ein großes Stück Arbeit vor uns. Auch da steckt viel drin in unserem Werkzeugkasten. Wir werden in den kommenden Jahren dafür Sorge tragen, dass die Kommunen die nötige Unterstützung erhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zierer, bitte am Rednerpult bleiben! – Es gibt zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen, die erste von Prof. Hahn. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben ja gerade so in höchsten Tönen das Haus Glauber, das Umweltministerium, gelobt. Mich würde jetzt mal interessieren, ob uns Herr Glauber heute hier bei seinem eigenen Gesetzentwurf für Fragen zur Verfügung steht – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber möglicherweise fehlt ihm der Mut dazu.

Ich frage Sie jetzt erst mal inhaltlich etwas anderes zu diesem Gesetzentwurf. Der natürliche Klimawandel wird in Ihrem Entwurf schlicht vergessen. Er kommt nicht vor. Aber natürlicher und anthropogener Klimawandel sind nicht seriös voneinander differenzierbar und quantifizierbar.

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der nicht seriös ist, ist der Herr Hahn! Und die AfD!)

Sie tun aber so, als wenn man das könnte, und wollen hier aus dem kleinen Bayern heraus das Weltklima retten. Das ist, wie Sie selber schreiben, mit erheblichen Kosten – ich zitiere – verbunden. Bei solch einem enormen Einsatz von Steuermitteln muss der Nutzen für die Menschen, die das bezahlen, aber von Anfang an klar bezifferbar sein. Deshalb meine Frage – sagen Sie uns doch bitte einmal ganz konkret: Um wie viel Prozentstellen nach dem Komma rettet der bayerische Steuerzahler denn das Weltklima mit Ihrem Klimaschutzgesetz?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege. – Bitte, Herr Zierer.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt haben Sie keine Redezeit mehr übrig, um den Minister zu fragen! – Zuruf von der SPD: Ignorieren!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hahn, ich kann nur ein Beispiel aus Ihrer Denkweise geben. Sie haben auch gesagt, Corona gibt es in dem Umfang überhaupt nicht, und haben Leute ermuntert, Chlortabletten zu schlucken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Zierer, ich hatte zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen; jetzt kommt die zweite. – Bitte, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Hallo Benno, ich hätte noch mal eine Frage, und zwar: Das alte Klimaschutzgesetz ist am 01.01.2021 in Kraft getreten. Darin stand, einen Klimabericht bekommen wir das erste Mal nach zwei Jahren. Das wäre der 01.01.2023, also in einem guten halben Jahr. Jetzt soll das neue Klimaschutzgesetz am 01.01.2023 in Kraft treten. Da steht jetzt wieder drin, nach einem Jahr gibt es einen Klimabericht. Bekommen wir den Klimabericht jetzt am 01.01.2023, so wie es nach dem jetzigen Gesetz vorgesehen war? Oder soll jetzt wieder nach hinten geschoben werden, noch mal ein Jahr später? Wofür wirst du dich einsetzen?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, Sie sind so sehr Profi, dass Sie genau wissen, dass solche Maßnahmen und die Vielzahl an Maßnahmen auch ihre Zeit brauchen. Ich bin mir absolut sicher, dass das Ministerium und mein Kollege, Herr Glauber, den Bericht dann vorlegen werden, wenn wir ganz klare Aussagen haben, wohin der Weg geht. Die Geschwindigkeit auf diesem Weg wird immer schneller werden. Darum machen wir in einem Jahr diesen Zwischenbericht auf die neuen Vorgaben hin; denn was bringt es, wenn man hier diskutiert und in die Zukunft schaut? – Wir wollen jetzt aktiv werden, und wenn die Aktivitäten laufen, wird der Bericht vom Minister und seinem Haus kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich rufe den nächsten Redner auf, Herrn Florian von Brunn, SPD-Fraktion. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es hat lange gedauert, bis CSU und FREIE WÄHLER ihr ungenügendes und schlechtes Klimaschutzgesetz von 2019 endlich korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen auch, warum. An den FREIEN WÄHLERN hat es diesmal nicht gelegen. Wir werden jetzt genau prüfen, ob Ihr mühsam repariertes Gesetz den Anforderungen genügt oder nicht. Eines ist aber klar: Ein neuer Gesetzestext und immer die gleichen Söder-Reden und -Ankündigungen retten das Klima ganz sicher nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Sie aber auch nicht!)

Es ist wichtig, ein Klimaschutzgesetz zu haben, das klare Ziele formuliert und den Klimaschutzanforderungen genügt. Aber noch wichtiger ist es, tatkräftig zu handeln. Wir brauchen jetzt den starken Ausbau der Windkraft in Bayern, den Ausbau von Geothermie und Fernwärmenetzen und des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs, inklusive 365-Euro-Ticket.

(Beifall bei der SPD)

Genau dafür steht die SPD. An diesen Zielen werden wir Sie messen. Es reicht nicht, immer nur nach Berlin zu deuten. Wir wollen in Bayern selbst etwas tun und ein echtes Vorbild im Klimaschutz werden.

(Beifall bei der SPD)

Bisher haben Sie noch nicht geliefert. Sie haben nur sehr viel angekündigt und versprochen. Ich nenne Ihnen gerne ein Beispiel von Ankündigungsweltmeister Markus Söder. Es ist jetzt drei Jahre her, dass Herr Söder Bäume umarmt und dabei unter anderem hundert neue Windräder versprochen hat. Was ist daraus eigentlich geworden? – Kein einziges dieser Windräder ist gebaut worden, geschweige denn in Betrieb. Es war heiße Luft wie die meisten Söder'schen Ankündigungen.

(Beifall bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Die Bäume wurden gefällt!)

Weil Sie so viel ankündigen und so wenig liefern, werden wir Ihren Gesetzentwurf einer sehr genauen und kritischen Überprüfung unterziehen. Wir, die SPD, werden sehr genau darauf achten, ob die notwendigen Veränderungen auch gerecht erfolgen, ob Sie die Menschen hier in Bayern von den steigenden Energiekosten entlasten. Die Möglichkeiten dazu haben wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden prüfen, ob Sie den Städten und Gemeinden neue Kosten auflasten oder ob Sie die Kommunen, die einen Löwenanteil der Ausgaben stemmen müssen, mit ausreichend Geld ausstatten, so wie wir das fordern. Die Kommunen brauchen ihr Geld für ihre sonstigen zahlreichen Ausgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus stellen sich weitere wichtige Fragen. Bayern hat seit 2006 keine nennenswerte Reduzierung von Treibhausgasemissionen geschafft. Es bringt also nichts, Ziele zu formulieren, die man dann nicht einhält. Sie erinnern mich in diesem Zusammenhang ein bisschen an jemanden, der sich jedes Jahr an Neujahr immer wieder aufs Neue das Gleiche für das neue Jahr vornimmt, es aber noch nicht einmal ansatzweise schafft. Deswegen brauchen wir eine unabhängige Überprüfung, ein externes Monitoring betreffend den Fortschritt im Klimaschutz. Warum haben Sie nicht den Mut, Herr Minister, damit unabhängige Expertinnen und Experten zu beauftragen?

(Beifall bei der SPD)

Außerdem brauchen wir den Mut und die Entschlossenheit, im Freistaat klimaschädliche Subventionen auf den Prüfstand zu stellen.

Ich fasse zusammen: Nach langer Wartezeit bessern Sie zwar endlich Ihr unzureichendes bisheriges Klimaschutzgesetz nach, aber Sie haben keine Vorschläge, wie

Klimaschutz sozial gerecht umgesetzt werden kann und wie die Menschen hier in Bayern von Ihnen entlastet werden sollen. Es fehlt eine unabhängige Ergebniskontrolle, eine echter Klima-TÜV. Das Wichtigste für uns, für die SPD, ist aber: Mit Zielen auf dem Papier, mit den immer gleichen Ankündigungen erreicht man keine Klimaziele. Wir wollen deshalb nicht nur den starken Ausbau der Windkraft und der Geothermie, sondern wir wollen endlich auch Klimaschutzinvestitionen für einen guten öffentlichen Verkehr in Stadt und Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich rufe den nächsten Redner auf: Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach langem Warten und viel Streit in den Regierungsfractionen, der teilweise auch medial ausgetragen wurde, liegt uns jetzt der neue überarbeitete Gesetzentwurf vor. Wobei die Bezeichnungen "neu" und "überarbeitet" dem Entwurf nicht wirklich gerecht werden. Vor fast einem Jahr stand der Ministerpräsident hier vorn am Rednerpult und versprach uns allerhand Neuerungen im Klimaprogramm. So sollte auf staatlichen Dächern viermal so viel Solarfläche entstehen wie bisher. Sämtliche Anfragen zu diesem Thema zeigen aber auf, dass der PV-Ausbau auf staatlichen Liegenschaften nach wie vor stiefmütterlich behandelt wird.

Bei der Geothermie hieß es, dass die Strategie ausgebaut und beschleunigt wird. Nur leider ist der Beweis, der 2019 angekündigte "Masterplan Geothermie", bis heute nicht veröffentlicht. Wie sollen Projektierer und Gemeinden aber potenzielle Geothermie-Projekte planen, wenn sie seit drei Jahren keinerlei Unterstützung von der Staatsregierung bekommen? Das frage ich auch als Anwohner einer Gemeinde, die genau ein solches Projekt plant.

Auch die Einführung des Wasser-Cents wurde vor fast einem Jahr an dieser Stelle angekündigt. Bis heute warten wir auf einen entsprechenden Gesetzentwurf. Gerade bei

diesem Thema hoffe ich, dass der Wasser-Cent nicht so lange auf sich warten lässt wie das nun endlich vorliegende Klimaschutzgesetz.

Zu den Zielen: Bei der Klimaneutralität der Staatsverwaltung gehen Sie jetzt ohne erkennbaren Grund von 2030 auf 2028. Die Staatskanzlei und die Staatsministerien sollen sogar bereits ein halbes Jahr vorher ihre Emissionen durch Zertifikate ausgleichen. Allerdings sind weder für die Staatskanzlei noch für die Ministerien die genauen Treibhausgasemissionen bekannt. Sie wissen also überhaupt nicht, was ausgeglichen werden muss. Damit wird es auch schwierig, entsprechende Zertifikate stillzulegen. Die Klimaneutralität für ganz Bayern ziehen Sie auf das Jahr 2040 vor, fünf Jahre vor das bundesdeutsche Ziel und zehn Jahre vor das angestrebte europäische Ziel. Ich frage mich: Wie behandeln Sie dann bayerische Unternehmen, die am Europäischen Emissionshandel teilnehmen? Dieser sieht nämlich eine Klimaneutralität bis 2050 vor. Wenn Sie die Unternehmen vorzeitig zwingen, bereits 2040 keine Treibhausgasemissionen auszustoßen, wie wollen Sie das erstens rechtlich umsetzen und zweitens verhindern, dass die dann nicht genutzten CO₂-Zertifikate anderswo genutzt werden? Solche nationalen und regionalen Alleingänge bringen keinen Nettoeffekt für das Klima.

(Beifall bei der FDP)

Zuletzt gilt es, noch ein weiteres Thema anzusprechen, das neben dem Ausbau der Erneuerbaren immer wieder vergessen wird, nämlich der durch die Elektrifizierung der Gesellschaft notwendig gewordene Netzausbau. Damit meine ich nicht den Leitungsausbau des HGÜ-Netzes, den die Regierungsfractionen jahrelang sabotiert und verzögert haben, sondern ich meine den Netzausbau im Verteilnetz, das maßgeblich den Erfolg der Energiewende bestimmen wird. Neun von zehn Erneuerbare-Energie-Anlagen hängen am Verteilnetz. Das Bayernwerk will sein Netz bis 2030 verdoppeln, die Lechwerke wollen es um 50 % ausbauen. Das wird absehbar zu neuen Konflikten im Aus- und Neubau des Verteilernetzes führen. Die Staatsregierung sollte deshalb alles

daransetzen, aus ihren Fehlern im HGÜ-Debakel zu lernen, um den Ausbau nicht wieder mit Stimmungsmache auf kommunaler Ebene zu verhindern.

Es war eine schwere Geburt, dieses Gesetz. Ein besonders schönes Kind ist es nicht geworden. Wir sind gespannt, wie es sich weiter entwickelt. Vielen Dank, und an die Freunde der CSU: Viel Spaß im Biergarten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, bitte bleiben Sie da. Kurz vor Torschluss haben wir noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hagen von der FDP, eine wirklich fundamentale Oppositionskritik sieht für mich anders aus. Sie scheinen sich zu arrangieren mit diesem Klimaschutzgesetz von FREIEN WÄHLERN und CSU. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sieht, dass Sie das als FDP auch alles in diesem ganzen Klimahype auf Bundesebene mitmachen. Sie haben sich aber eben darüber beschwert, dass es zu wenig PV, also Solaranlagen auf den Dächern gäbe. Das geht Ihnen nicht schnell genug. Herr Söder ist vorgeprescht und hat jetzt auf privaten Neubauten Solaranlagen sozusagen vorgeschrieben. Die FDP war einmal die Partei der Marktwirtschaft, des freien Gestaltens. Was halten Sie denn davon? Sind Ihnen die PV-Anlagen recht, oder ist es Ihnen nicht recht, weil es sich hier um private Eigentümer handelt?

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Hahn, Sie haben vollkommen recht, dass wir keine Fundamentalkritik üben. Anders als Sie halten wir den Klimawandel nämlich nicht für eine Erfindung. Sie haben sich als gallisches Dorf bezeichnet. Ich möchte ein anderes Bild nehmen: Wenn alle eine andere Position haben als man selbst, dann ist man vielleicht nicht Asterix, sondern ein Geisterfahrer. Denken Sie mal darüber nach.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erinnere an den vorab gefassten Beschluss. Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 19:17 Uhr)